



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 20.10.2020

Ort:	Hagwaldhalle, Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal (Kleinsteinbach)
Sitzungsbeginn:	19:10 Uhr
Sitzungsende:	21:25 Uhr

Anwesende Personen

Stv. Vorsitzender:

Vogel, Roland, Dr. - Vertretung für Bürgermeisterin Nicola Bodner

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Frensch, Kristin
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Kirchenbauer, Achim
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Mohamed Fahir, Aisha
Möller, Eva
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Reeb, Tilo
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon Teilnahme ab 19:23 Uhr (TOP 2 ö)
Vortisch, Volker Hans

Schritfführer:

Härer, Roland

Verwaltung:

Bauer, Christian
Kröner, Wolfgang
Schönhaar, Tamara
Sturm, Thomas

Ortschaftsrat:

Eifert, Heiko - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von Mandatsträgern)
Hüttner, Miriam - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von Mandatsträgern)
Müller, Klaus - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von



Mitwirkende/ext. Org.:
Mandatsträgern)
Nickles, Helmut - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von
Mandatsträgern)
Roßwag, Christian - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung
von Mandatsträgern)

Schröder, Jörg - Datenschutzbeauftragter (CL
Compliance und Datenschutz GmbH & Co. KG) - zu TOP
1 nö (Datenschutzschulung von Mandatsträgern)
Weiß, Cornelius - Rechtsanwalt (CL Compliance und
Datenschutz GmbH & Co. KG) - zu TOP 1 nö
(Datenschutzschulung von Mandatsträgern)

Ortsvorsteher:
Oberle, Gebhard

Nichtanwesende Personen

Vorsitzende:
Bodner, Nicola - entschuldigt

Ortschaftsrat:
Bampi, Diana - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von
Mandatsträgern) - entschuldigt
Haug-Schifferdecker, Elisa - zu TOP 1 nö
(Datenschutzschulung von Mandatsträgern) - entschuldigt
Lipp, Gunther - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von
Mandatsträgern) - entschuldigt
Vogel, Matthäus - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung
von Mandatsträgern) - entschuldigt
Vogt, Thomas - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von
Mandatsträgern)
Zeller, Carolin - zu TOP 1 nö (Datenschutzschulung von
Mandatsträgern)

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 12.10.2020.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 15.10.2020.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitgliedern anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Reeb
Gemeinderätin Schailer



T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Pfinztal 2035 / Klimaoffensive **BV/624/2020**
 - Sachstandinformation und Ausblick
 - Beratung und Beschlussfassung
3. Bebauungsplanverfahren Sonnenberg-Salbusch Mitte **BV/576/2020/1**
 - Nutzungsänderung Gemeinschaftsunterkunft in Monteurshotel
 - Gemeindliches Einvernehmen zum Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 bzw. 4 Abs. 1 BauGB
 - Beratung und Beschlussfassung
4. Arbeitstitel "Immobilie Schlecker" **BV/654/2020**
 - Nutzung und Umbau
 - Nutzungskonzept
 - Kosten
5. Mitteilungen der Bürgermeisterin
6. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
7. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel stellt auf Anfrage fest, dass keine Wortmeldungen aus dem Bereich der Zuhörerschaft vorliegen.

2. Pfinztal 2035 / Klimaoffensive - Sachstandinformation und Ausblick - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel bittet Herrn Bauer um Erläuterungen zum Stand der Abarbeitung der Beschlüsse der Gemeindeentwicklungsplanung.

Herr Bauer erinnert an den im September letzten Jahres in dieser Sache gefassten Grundsatzbeschluss und weist darauf hin, dass die Verwaltung seit dieser Zeit nicht untätig war. Manche Umsetzungen seien allerdings nicht öffentlich sichtbar gewesen, weswegen dem Gremium heute berichtet wird. Der Beschluss vom September 2019 habe etwa 80 konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen und den Auftrag an die Verwaltung beinhaltet, diese nach und nach umzusetzen. Dabei sollte wie im Entwicklungsprozess die Bevölkerung mit eingebunden werden. Der Gemeinderat habe der Verwaltung in diesem Jahr den Betrag von 50.000 Euro als Budget zur Umsetzung kleinerer Projekte zugestanden. Im Haushalt seien aber auch Mittel für konkrete andere Maßnahmen eingestellt gewesen, deren Umsetzung aus dem Gemeindeentwicklungskonzept folgt. Der Gemeindeentwicklungsplan liefere zwar genügend Entwicklungspotenzial, er könne aber nicht alle Probleme lösen und müsse deshalb immer wieder überdacht und überarbeitet werden. Dabei gelte es alle Maßnahmen dahingehend zu prüfen, ob sie noch hinsichtlich der Zielsetzungen passen. Aus Sicht der Verwaltung halte man es für erforderlich, dass die Umsetzung des Gemeindeentwicklungsplans praktisch gelebt wird in Verwaltung und Gemeinderat und die Umsetzung in die Öffentlichkeit getragen wird, damit die Bürger verstehen, warum manche Maßnahmen durchgeführt werden. Die umzusetzenden Maßnahmen und Ziele seien aus der im Rahmen des Entwicklungsprozesses geschaffenen Grafik schön zu sehen. Alle Maßnahmen seien priorisiert und strukturiert in Bezug auf ihre Wichtigkeit und den zeitlichen Ansatz. Allerdings würden sich die Prioritäten vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie nicht in jedem Fall einhalten lassen. Im Blick auf die Abarbeitung der Beschlüsse sei man an dem Punkt der Dokumentation der Erfüllung des Plans, des regelmäßigen Austauschs und des jährlichen Zwischenberichts an den Gemeinderat angelangt. Damit wolle man den Gemeinderat darüber informieren, was umgesetzt wurde. Die Einbindung der Bürgerschaft im weiteren Prozess sei ein ganz wichtiger Punkt. Aus diesem Grund habe man sich gemeinsam mit dem Gemeinderat für den Prozess „Lebensqualität durch Nähe“ entschieden. Mit diesem Prozess wolle man beginnen, sobald es die Corona-Pandemie zulasse. Ziel sei es dabei, die Bürgerinnen und Bürger wieder zur Mitarbeit zu aktivieren, denn es gebe nach wie vor viele interessierte Mitmenschen, was der Gemeindeentwicklungsprozess gezeigt habe. Zu den Finanzmitteln sei zu sagen, dass möglicherweise die angesprochenen ersten 50.000 Euro in diesem Jahr nicht ausgegeben werden können. Für 2021 sollte der Gemeinderat der Verwaltung ein Budget in gleicher Höhe zur Verfügung stellen. Ob dieser Betrag allerdings ausreiche werde man im Laufe des Prozesses sehen. Weitere geplante Maßnahmen aus dem Gemeindeentwicklungskonzept werden im Rahmen der Beratung des Haushaltsplans ersichtlich. Zurückblickend habe die Verwaltung nun erstmalig den derzeitigen Umsetzungsstand erfasst. Dieser Stand sei in der Verwaltungsvorlage dokumentiert. Das zurückliegende Jahr sei gekennzeichnet gewesen mit Überlegungen, welche Strategie im Blick auf die Umsetzung zu wählen ist, man habe die Mitarbeiter der Verwaltung informiert und die Inhalte vermittelt. Alle Vorlagen seien mit einer Matrix versehen worden, aus der die Zielerreichung bei Umsetzung des Beschlusses zu se-



hen ist. Die Ziele im Blick auf die Jugendbeteiligung werde man in diesem Jahr wegen der Corona-Pandemie nicht erreichen. Konkret habe man Termine streichen müssen, diese sollen im kommenden Jahr nachgeholt werden, sobald es die Entwicklung zulässt. Geplant sei eine Freiflächenveranstaltung im Außenbereich, beispielsweise auf dem Schulhof des Bildungszentrums. Das Ziel, eine Grundschuljugendbeteiligung durchzuführen, habe man zunächst hinten angestellt. Immer wieder habe die Verwaltung versucht, für diverse Projekte Zuschüsse zu erhalten. Dieses werben sei bisher leider erfolglos geblieben. Hauptthema der nächsten zwei Jahre werde sicherlich der LQN-Prozess sein, daneben werde man auch Einzelmaßnahmen umsetzen. Auch ein neuer Webauftritt der Gemeinde soll im Januar 2021 im Netz vorhanden sein. Insgesamt sei es Ziel im weiteren Prozess, die Führungsebene, Außenstehende, Vereine oder das Gewerbe noch stärker mit ins Boot zu holen.

Gemeinderat Schwarz nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Beratung teil.

Frau Schönhaar erklärt, sie wolle heute den Part der Klimaoffensive kurz vorstellen. Im nichtöffentlichen Teil habe Rechtsanwalt Weiß den Begriff „Deal Breaker“ gebraucht. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, werde sie das Gremium immer wieder umfassend informieren, damit alle auf dem gleichen Wissensstand sind. Die Themen Klimaoffensive und Klimakommission sollten so transparent sein, dass man genau weiß, um was es geht und was zu beschließen ist. In seinem Grundsatzbeschluss habe der Gemeinderat im Juli 2019 verschiedene Aufträge an die Verwaltung formuliert. Adressaten seien verschiedene Personen gewesen wie die Bürgermeisterin, die Eigenbetriebe, die Regierung, andere Kommunen und die Verwaltung. Konkrete Forderungen an die Verwaltung seien die Erarbeitung eines Parkraumkonzepts, die Förderung des Fuß- und Radverkehrs und Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate in Bestandsgebäuden. Anhand einer Präsentation zeigt sie auf, wie die Verwaltung bei diesen Themen vorgehen möchte. Parkraum- und Radwegekonzept lägen inzwischen im Entwurf vor. Das Parkraumkonzept sei politisch noch nicht verhandelt worden, derzeit gebe es Gespräche innerhalb der Verwaltung. Das Radwegekonzept sei bereits im Technischen Ausschuss und in den Ortschaftsräten vorberaten worden. Beide Themen sollen innerhalb des Jahresthema 2021 „Mobilität“ Schwerpunkte der Beratungen der Klimaoffensive sein. Denn beide Themen würden diverse weitere Unterthemen nach sich ziehen, wobei man beispielsweise über Prioritäten oder finanzielle Aspekte zu sprechen habe. Begleitet werde der Prozess von der Energie- und Umweltagentur und von Prof. Dr. Hupfer, der an der Uni Karlsruhe den Lehrstuhl für die Radwegekonzeptionen innehat. Dieser werde mit seinen Studenten reale Versuche durchführen. Selbstverständlich werde man in diese Prozesse die Öffentlichkeit einbeziehen. Bei der dritten Aufgabe, nämlich Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate in Bestandsgebäuden, handle es sich um eine Daueraufgabe. Hier gehe es um die Fortschreibung des Baulückenkatasters und insgesamt um das Flächenmanagement. Ein weiterer Block an Aufgaben seien die allgemeinen Maßnahmen wie zum Beispiel der Klimaschutz. Die Zielsetzung innerhalb dieses Themas laute, dass alles, was der Klimaverbesserung helfe, vorangetrieben werden soll. Diese allgemeine Zielsetzung habe die Verwaltung vor Herausforderungen gestellt. Denn unter dieses Thema könne man viele und ganz unterschiedliche Zielsetzungen stellen. Drei Hauptgruppen an relevanten Akteuren hätten sich zwischenzeitlich herauskristallisiert. Dies seien die Verwaltung, die Politik und die Bürgerinnen und Bürger. Erster richtiger Schritt in diese Richtung sei die Gründung der Klimakommission gewesen, die aus Teilnehmern aller drei Gruppen bestehe. Dieses Format sei im vergangenen Jahr nichtöffentlich abgewickelt worden, ab dem kommenden Jahr wolle man an die Öffentlichkeit gehen. Sie halte die bisher gehandhabte Nichtöffentlichkeit allerdings als ganz wichtige Probezeit für dieses Gremium, das unverbindliche Empfehlungen an die Verwaltung und an die Politik abgeben wird. Diese Kommission habe den Charakter einer Arbeitsgruppe. Bei einer Auftaktveranstaltung im Dezember 2019 habe man die Zielsetzung besprochen und ein Maßnahmenpaket aufgestellt und gebündelt, das man in weiteren Sitzungen abarbeiten wollte. Dem Gremium zeigt sie auf, welche Einzelthemen besprochen wurden. Im April sei beispielsweise das Thema der baulandpolitischen Grundsätze



behandelt worden und im Mai habe man sich mit dem Thema „Nachhaltiges Bauen“ auseinandergesetzt. Letzteres Thema werde wieder präsent, wenn es konkret um die Bebauung des Kelterplatzes geht. Im Juli sei das Thema „Energiemanagement und Energieleitplan“ behandelt worden. Danach habe die Klimakommission die Empfehlung ausgesprochen, dass die Gemeinde einen Energieleitplan aufstellen sollte. Schließlich sei im September noch das Thema „Faire und nachhaltige Beschaffung“ besprochen worden. Ergebnis hieraus sei die Tatsache, dass die Gemeinde eine entsprechende Dienstanweisung erarbeiten wird. Die Leiterin der Umwelt- und Energieagentur sei von diesem Thema so begeistert gewesen, dass sie dieses landkreisweit bearbeiten möchte. Die Gemeinde könne insofern auf die von der Agentur noch zu erarbeitenden Grundsätze zurückgreifen. Die von der Klimaoffensive behandelten allgemeinen Maßnahmen zum Klimaschutz müssten mit den Zielsetzungen und Maßnahmen aus dem Gemeindeentwicklungskonzept selbstverständlich korrespondieren. Wichtigste Ziele seien das Flächenmanagement, die Erhöhung der Aufenthaltsqualität in den einzelnen Ortszentren, die Freiflächen, der Erhalt grüner Infrastruktur und generell der Klimaschutz.

Anhand einer Präsentation zeigt sie auf, wie die Verwaltung an die einzelnen Themen zum Klimaschutz herangegangen ist und was angestoßen wurde. Dem Protokoll füge man die Präsentation bei. Wichtig sei die Erarbeitung einer funktionierenden Gesamtstrategie, die auf Pfinztal zugeschnitten ist.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel bedankt sich für die Informationen und macht den Vorschlag, in der Fragerunde zunächst das Thema der Gemeindeentwicklung zu behandeln und danach das Thema Klima.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt bedankt sich für die Informationen und die großartigen Leistungen. Sie würde sich wünschen, dass die gezeigten Folien an die Pressevertreter weitergegeben werden, um die vielfältigen Informationen nochmals nachlesen und darüber berichten zu können. Sie erklärt, beide Themen zusammen behandeln zu wollen, weil beide Themen miteinander vernetzt sind und zusammenspielen. Die von der Verwaltung beantragten Gelder für das kommende Haushaltsjahr möchte man generell bewilligt haben, von Seiten der Grünen gebe es hier keine Probleme. Ihr sei wichtig zu erwähnen, dass die Gemeinde in diesen Themen der Trendsetter im Landkreis war und ist. Pfinztal sei die erste Kommune gewesen, zuvor hätten sich lediglich Städte wie Konstanz und Heidelberg mit diesen Themen befasst. Sie teilt mit, dass sie sich mit den von der Verwaltung zugesandten Tabellen und insbesondere mit der Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Themen nochmals intensiv befasst hat. Sie komme zu dem Ergebnis, dass es generell erwähnenswert ist, was sich in den zurückliegenden eineinhalb Jahren getan hat. Es habe sich unheimlich viel getan in Bund und Land, es seien neue Grundlagen geschaffen worden und neue Gesetze. Für alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte halte sie es für wichtig, die Tabellen mindestens einmal im Monat durchzulesen. Diese Informationen seien wertvoll und wichtig, die Verwaltung praktiziere dies vorbildlich, wofür sie sich bedanke. Der Inhalt dieser Tabellen sei immens wichtig, auch weil die Bevölkerung bei der Erarbeitung stark involviert war. Vieles sei bereits umgesetzt worden und vieles auch projektiert, man sollte sich auch durch das Virus nicht davon abhalten lassen und in diesen Themen weiterarbeiten. Sie habe keine Fragen zum Thema und wolle lediglich ihre Begeisterung zum Ausdruck bringen.

Gemeinderätin Eisenbusch teilt mit, sie könne sich ihrer Vorrednerin in allen Punkten vollständig anschließen. Ein besonders Lob gehöre den beiden Hauptakteuren, aber auch der gesamten Verwaltung. Beide Projekte seien mit einem wahnsinnigen Arbeitspensum verbunden, beide Prozesse seien sehr langwierig und könnten nicht von heute auf morgen abgearbeitet werden. Im Rückblick halte sie es für gut und richtig, sowohl den Gemeindeentwicklungsprozess wie auch die Klimaoffensive angegangen zu sein. In der kurzen Zeit seien viele Themen zusammengekommen und angegangen worden. In ihrer Fraktion stehe nicht zur Diskussion, dass beide Projekte ein Budget für den laufenden Betrieb benötigen. Sofern die-



se Summen nicht ausreichen, könne man gerne noch nachschießen. Im Haushalt werde man sicherlich noch verschiedene Summen für einzelne Projekte einstellen müssen. Ihre Fraktion trage die Gesamtstrategie mit, trotzdem könnten einzelne kleiner Punkte im Blick auf die Bürgerschaft herausgegriffen und Gelder für deren Umsetzung eingestellt werden. Denn den Bürgern gehe es hinsichtlich der Umsetzung von Projekten, bei deren Erarbeitung sie beteiligt waren, manchmal nicht schnell genug. Sie bedankt sich abschließend für die großartige Leistung.

Gemeinderat Ringwald erklärt, er schließe sich den positiven Worten seiner Vorredner an. Die Verwaltung habe ein hohes Tempo vorgelegt, vor dessen Hintergrund er wissen möchte, ob manche Maßnahmen vorgezogen werden konnten, weil andere derzeit wegen der Pandemie nicht realisierbar sind.

Frau Schönhaar antwortet, tatsächlich sei man sehr flexibel und habe zum Glück auch flexible Partner, sodass manches aus beiden Projekten verknüpft werden konnte. Die Zeit bringe es allerdings mit sich, dass es Änderungen in den vorgesehenen Formaten geben muss.

Gemeinderat Ringwald bittet darum, an diesen Themen dranzubleiben. Persönlich habe er sich darüber gefreut, dass die Klimakommission ab dem nächsten Jahr öffentlich tagen wird.

Gemeinderätin Möller erinnert daran, dass beide Projekte dem Gemeinderat ein wichtiges Anliegen sind, was die einstimmigen Beschlüsse zeigen. Allerdings verstehe man es nicht, dass in der heutigen Sitzung zwei Maßnahmen herausgegriffen und im Vorgriff auf die Haushaltsplanberatungen Gelder bereitgestellt werden sollen. Denn konkret wisse noch kein Ratsmitglied, welche Rahmenbedingungen es für den Haushalt 2021 gibt, welche Gelder im kommenden Jahr zur Verfügung stehen und welche Auswirkungen die Corona-Krise haben wird. Es stehe aber zu vermuten, dass der Haushalt 2021 deutlich schwieriger wird, weshalb man ganz besonders sorgfältig abwägen sollte, welche Prioritäten man setzen will. Prioritäten könne man aber nur dann setzen, wenn man den Gesamtüberblick hat. Aus diesem Grund sollte über einzelne Punkte nicht im Vorfeld der Haushaltsplanberatungen entschieden werden. Die ULiP stelle deshalb den Antrag, die beiden Maßnahmen in die Gesamtberatung des Haushaltsplans 2021 zu integrieren und innerhalb dessen die Entscheidung zu treffen.

Gemeinderätin Fahir bedankt sich für die Informationen und lässt wissen, ihr sei es wichtig, dass über die beantragten Gelder heute entschieden wird. Denn beide Projekte würden wichtige Dinge enthalten und egal wie der Haushalt aussehen wird werde man diese finanzieren müssen. Ihre eigentliche Wortmeldung beziehe sich allerdings auf die Baumschutzsatzung. Sie wolle wissen, wie der Zeitplan angesichts der Corona-Pandemie aussieht, weil ursprünglich zwei Informationsveranstaltungen noch in diesem Jahr stattfinden sollten.

Frau Schönhaar antwortet, man wolle nach derzeitigem Stand auf jeden Fall noch vor Weihnachten die zweite Veranstaltung anbieten. Man werde sich allerdings zuvor nochmals besprechen müssen, auch möglichst mit dem Corona-Team.

Der Vorsitzende stellt mit Blick auf den Antrag der ULiP fest, dass die beantragten Gelder in der heutigen Sitzung nicht freigegeben werden sollen, sondern es sich um eine Absichtserklärung handelt, die Gelder im kommenden Jahr zur Verfügung zu stellen. Der Antrag stehe allerdings im Raum, dass über diese beiden Gelder heute Abend keine Entscheidung getroffen wird und dies im Rahmen der Haushaltsberatung stattfinden soll. Er stellt den Antrag der ULiP mit folgender Frage zur Abstimmung: „**Wer ist dafür, dass über die Bereitstellung der beantragten Gelder erst im Rahmen der Haushaltsplanberatung entschieden wird?**“

Abstimmung: 2 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen



Er stellt fest, dass der Antrag damit abgelehnt ist.

Anschließend bittet er um Zustimmung zum Verwaltungsantrag.

Mit 18 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen wird folgender Beschluss gefasst:

In den Haushaltsplan 2021 sind folgende Mittel aufzunehmen:

- 50.000 Euro für Maßnahmen aus Pfinztal 2035, insbesondere den Prozess „Lebensqualität durch Nähe“ und die Jugendbeteiligung, Produktgruppe: 11.14.09.00
- 50.000 Euro für Maßnahmen der Klimaoffensive, Produktgruppe: 56.10.06.00.

- 3. Bebauungsplanverfahren Sonnenberg-Salbusch Mitte
Nutzungsänderung Gemeinschaftsunterkunft in Monteurshotel**
- Gemeindliches Einvernehmen zum Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre
 - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 bzw. 4 Abs. 1 BauGB
 - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeister-Stellvertreter Dr.Vogel bittet Frau Schönhaar um Erläuterung des Sachverhalts.

Frau Schönhaar erklärt, das Gremium habe unter diesem Tagesordnungspunkt zwei verschiedene Sachverhalte zu behandeln. Bei Ziffer 1 handle es sich um einen Beratungspunkt, der eigentlich in der Zuständigkeit des Technik- und Umweltausschusses liegt. Es gehe um die Versagung des gemeindlichen Einvernehmens bzw. um die Versagung der Ausnahme von der bestehenden Veränderungssperre. Da man in diesem Punkt etwas unter Zeitdruck stehe, müsse sich der Gemeinderat mit diesem Thema befassen. Obwohl die Sache bereits zwei Mal im Gremium war müsse die heutige Beratung sein und die getroffene Entscheidung bestätigt werden. Denn das Landratsamt plane das versagte gemeindliche Einvernehmen zu ersetzen. Beim zweiten Sachverhalt gehe es um die Bebauungsplanung, über die bereits im März beraten wurde. Hier gehe es darum, den Bebauungsplan zu konkretisieren und fortzuschreiben. Die Verwaltung schlage vor, Teilbereiche zu bilden und den Abschnitt „Sonnenberg-Salbusch-Mitte“ vorrangig abzuarbeiten. Möglich sei dies, weil es sich hier um einen Bereich handelt, der nach § 34 BauGB beurteilt werden kann und die Baugrundstücke danach Baurecht erlangen könnten, ohne Rücksicht auf die Veränderungssperre. Weil die Veränderungssperre Anfang des kommenden Jahres auslaufe müsse man schauen, bis dahin den Verfahrensstand nach § 33 BauGB und damit eine Planungssicherheit zu erreichen. Dies bedeute allerdings nicht, dass man damit das Gesamtkonzept aufgibt. Hinsichtlich der beantragten Nutzungsänderung habe es eine mündliche Verhandlung bei Gericht gegeben. In einem Schreiben komme das Gericht zu der Auffassung, dass die Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens durch das Landratsamt angezeigt sein könnte. Diese Einschätzung basiere allerdings auf der alten Planung, die überhaupt noch nicht konkretisiert war. Zwischenzeitlich habe die Verwaltung zusammen mit dem Anwalt der Gemeinde eine Stellungnahme verfasst und diese dem Gericht zugesandt. Ganz klar stehe für die Verwaltung und die Anwaltskanzlei fest, dass das beantragte Monteurhotel nicht mit den Planungszielen der Gemeinde vereinbar ist. Weil man aber nie genau wisse wie Gerichte entscheiden empfehle die Verwaltung dem Gemeinderat, das gemeindliche Einvernehmen erneut zu versagen.

Gemeinderat Vortisch meint, nach dem Lesen der Vorlage zur Nutzungsänderung der Gemeinschaftsunterkunft habe sich ihm die Redewendung aufgedrängt: „Ein Schelm der dabei böses denkt“. Diese Hartnäckigkeit des Landratsamtes würde er sich gerne bei anderen Themen wünschen wie etwa hinsichtlich der Verkehrsentlastung der Anwohner an der B 293. Das Landratsamt wolle sicherlich hier Kosten einsparen, die Nutzung der bisherigen Ge-



meinschaftsunterkunft als Monteurhotel werde aber auch nach der dritten Beratung nicht besser. Eine solche Einrichtung ziehe bekanntlich eine Begleitindustrie nach sich, weshalb man die Umnutzung nach wie vor ganz deutlich ablehne. Den Start des Teilbebauungsplans begrüße man, um aus der Veränderungssperre herauszukommen. Im Umweltgutachten habe er von einem unbenannten Wasserlauf innerhalb des Plangebiets gelesen. Dies habe ihn irritiert, weil er diesen Wasserlauf seit seiner Kindheit als „Katzenbächle“ kenne. Wenn er den Bebauungsplan „Sonnenberg-Salbusch-Süd“ richtig lese rege er an, eine Luftbildarchäologie zu betreiben, weil in diesem Bereich sich sicherlich Hinterlassenschaften der jüngeren Vergangenheit finden lassen. Insgesamt stimme die SPD-Fraktion den Verwaltungsempfehlungen zu.

Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, die ULiP sei hinsichtlich der Umnutzung der Gemeinschaftsunterkunft der gleichen Meinung und stimme der Verwaltungsempfehlung zu. Dass der Teilbebauungsplan „Sonnenberg-Salbusch-Mitte“ bevorzugt bearbeitet werden soll empfinde man als zwingend und sinnvoll. Auch hier stimme man der Empfehlung zu. Zum vorgelegten Planentwurf gebe es aus Sicht der ULiP Anmerkungen. Es gebe Punkte, die man überarbeiten müsste, was allerdings nicht heute sein muss. Eine Änderung beantrage man allerdings bereits heute. Es gehe um die Grundflächenzahl für drei Teilflächen des Bebauungsplans. Einmal sei eine Grundflächenzahl von 0,4 vorgesehen und einmal eine Grundflächenzahl von 0,6 vorgesehen. Nach dem Bebauungsplan soll eine höhere Grundflächenzahl von 0,8 zulässig sein für die Errichtung von Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen. Dies halte man für überhöht, zumindest für die Flächen, auf denen eine GRZ von 0,4 zulässig ist. Auf diesen Flächen eine GRZ von 0,8 zuzulassen halte man für zu viel, hier sollte maximal eine GRZ von 0,6 zulässig sein.

Gemeinderat Rothweiler weist darauf hin, dass es hinsichtlich der Gemeinschaftsunterkunft ein gemeinsames Ja für diese Nutzung gegeben hat. An dieser Entscheidung halte man fest. Diese Nutzung könne man nicht so einfach umfunktionieren nur mit dem Argument, mit der Änderung Geld verdienen zu können. Diejenigen, die ein Monteurhotel betreiben, würden im Übrigen die Mieter, und das seien vor allem Gastarbeiter, regelrecht ausnutzen. Die abschnittsweise Überplanung könne man so machen, seine Fraktion sei damit einverstanden. Die ausgearbeitete Planung halte man für gelungen, weil der Inhalt des Grünordnungsplans gut dargestellt ist. Vorgesehen sei eine Baumreihe entlang der B 293, was den Eingangsbereich des Ortes hier optisch gut aufwerten werde. Ortseingänge seien eine Visitenkarte eines Ortes und speziell für Berghausen. Den Vorschlag von Gemeinderat Dr. Rahn könne er nachvollziehen; auch er sei der Meinung, dass eine GRZ von 0,6 ausreichend sein müsste. Grundsätzlich stimme die Fraktion der Grünen den Verwaltungsvorschlägen zu.

Gemeinderat Gutgesell trägt vor, auch wenn die CDU-Fraktion nicht einheitlich abstimmen wird, stehe man zum eingeschlagenen Weg und wolle das Planungsziel des Bebauungsplans nicht verhindern; ein Monteurhotel komme also überhaupt nicht in Frage. An der bestehenden Veränderungssperre halte man fest und werde auch die Beschlussvorschläge zu Ziffer 2 und 3 mittragen, nachdem es aus Sicht der CDU-Fraktion keinen Verbesserungsvorschlag gibt.

Gemeinderat Hörter gibt zur Kenntnis, dass er sich aufgrund rechtlicher Bedenken heute enthalten wird. Dies bedeute nicht, dass er für ein Monteurhotel ist. Die Ausweisung eines Urbanen Gebietes sei der Grund, denn diesen Begriff halte er für zu unbestimmt. Er wisse nicht, ob man dadurch ein Monteurhotel verhindern kann.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel will von Gemeinderat Dr. Rahn wissen, ob über den Antrag in der heutigen Sitzung entschieden werden soll, was dieser bejaht.

Frau Schönhaar lässt wissen, dass Herr Keller die Planung zum Offenlagebeschluss noch



umfassend erläutern wird. Über den Antrag der ULiP könne man sicherlich abstimmen; alternativ könnte auch zuerst die vorgezogene Bürgerbeteiligung und danach die Abstimmung stattfinden.

Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, der Antrag sei ihm so wichtig, dass er ihn aufrecht erhalten möchte. Er bitte um Abstimmung über seinen Antrag.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel stellt danach den Antrag der ULiP zur Abstimmung mit folgender Frage:

„Wer ist aufgrund des Antrags der ULiP dafür, den vorgelegten Planentwurf nur unter der Voraussetzung zu billigen, dass die Grundflächenzahl maximal 0,6 betragen darf?“

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel stellt danach die Beschlussempfehlung der Verwaltung mit den Ziffern 1 – 3 zur Abstimmung.

Mit 21 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Die beantragte Nutzungsänderung wird – auch und insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Planung (Festsetzung des Gebiets als „Urbanes Gebiet“ / MU) gem. § 6a BauNVO – abgelehnt. Das gemeindliche Einvernehmen nach § 14 Abs. 2 BauGB wird versagt.**
- 2. Das Gebiet „Sonnenberg-Salbusch“ soll abschnittsweise überplant werden. Das Verfahren für den Bereich „Sonnenberg-Salbusch Mitte“ wird vorrangig weiterbetrieben.**
- 3. Der Gemeinderat billigt den vorliegenden Planentwurf. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1 bzw. 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.**

- 4. Arbeitstitel "Immobilie Schlecker"
Nutzung und Umbau
- Nutzungskonzept
- Kosten**

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel bittet Herrn Kröner um Darlegung des Sachverhalts.

Herr Kröner bringt in Erinnerung, dass die Kommunale Wohnbau Pfinztal GmbH die Immobilie „Schlecker“ erworben hat. Heute wolle man dem Gremium das Nutzungskonzept vorstellen und eine Entscheidung zur Kostenaufteilung herbeiführen. Beim Blick auf das Ziel der Gemeindeentwicklung „Pfinztal bildet und betreut“ habe man festgestellt, dass es bei den Themen „Betreuung und Beratung“ Defizite gibt. Insbesondere müssten die ehrenamtlich Tätigen besser unterstützt werden. In diesem Zusammenhang habe man erkannt, dass es insbesondere die Raumprobleme sind, die hier oft im Wege stehen. Beispielsweise könne man dem Seniorenbeirat für seine Gruppenangebote gar keine oder nur wenige geeignete Räume anbieten. Gleiches gelte für die Seniorenakademie oder die Volkshochschule. Beratungszimmer stünden ebenfalls im Rathaus nicht zur Verfügung. Dies seien Gründe für den Ankauf der Schlecker-Räume im Erdgeschoss des Gebäudes Bahnhofstr. 1 gewesen. Inzwischen habe man nach reiflichen Überlegungen ein Nutzungskonzept erarbeitet. Es handle sich quasi um ein kleines Sozialcenter, das auf der gegenüberliegenden Rathauseite ent-



stehen könnte. Einziger Wermutstropfen seien die Kosten, die im Laufe der Konzeptentwicklung angestiegen sind. Obwohl es sich um keine exklusiven oder außergewöhnlichen Maßnahmen handelt, sei eine enorme Umbausumme zustande gekommen. Andererseits liege das Objekt im Sanierungsgebiet „Lebendige Zentren“, wonach auch für diese Maßnahme ein Zuschuss beantragt werden kann. Netto könnte die Gemeinde einen Zuschuss in Höhe von 129.000 € erhalten, bei Einrechnung des Anteils der Gemeinde belaufe sich der Zuschuss auf 210.000 €. Die Gemeinde müsste 80.000 € in diesem Jahr bereitstellen, damit man zügig mit dem Ausbau beginnen kann. Die Erstellung eines Nutzungskonzeptes stehe noch aus, dies werde allerdings keine Probleme bereiten. In der kommenden Woche treffe sich der Aufsichtsrat der Kommunalen Wohnbau Pfinztal, danach folge noch die Anhörung der Eigentümergemeinschaft des Gebäudes. Weil man hier zusammen mit dem Verkäufer über eine Mehrheit verfüge, sehe er diesbezüglich keine Probleme, um in etwa zwei Wochen mit den Umbauarbeiten beginnen zu können.

Gemeinderätin Eisenbusch bedankt sich bei Herrn Kröner für das hervorragende Konzept. Bisher sei von ihrer Seite immer wieder kritisiert worden, dass die sozialen Funktionen im Rathaus in unterschiedlichen Fachbereichen verteilt sind. Insofern gebe es bisher kein System aus einem Guss. Vor diesem Hintergrund halte sie es für richtig, ein Sozialzentrum aufzubauen. Wenn dieses neue Zentrum darüber hinaus noch barrierefrei zugänglich ist, sei dies eine gute Sache. Hier sollten künftig möglichst viele Beratungen und weitere Nutzungen untergebracht werden. Sie geht darauf ein, dass im Vorgriff auf den kommenden Haushalt hierfür Gelder ausgegeben werden sollen, was bereits die Kollegin Möller im vorherigen Tagesordnungspunkt angesprochen hat. Allerdings gebe es in dieser Sache Termine und einen Zeitdruck und das Thema sei der SPD-Fraktion sehr wichtig, weshalb man den Vorschlägen zustimmen könne, zumal nicht unerhebliche Zuschüsse gewährt werden. Was sie an der ganzen Sache störe sei die Tatsache, wie die Geschichte gelaufen ist. Die Fraktionsvorsitzenden hätten hierzu ausreichende Informationen erhalten. Sie bitte darum, die Kritik der entsprechenden Stelle zuzuleiten. Das Konzept und die Sache seien allerdings richtig und vorher nicht zu realisieren gewesen.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt bedankt sich bei Herrn Kröner für die Ausführungen. Ihr einziger Kritikpunkt sei von Herrn Kröner bereits abgewendet worden durch dessen Aussage, dass ein Nutzungskonzept durch die Verwaltung noch erarbeitet wird. Darin müssten Ziele, Maßnahmen, Umsetzung und Evaluation abgebildet sein. Die Fraktion der Grünen stimme der Zielsetzung zur Errichtung eines Sozialzentrums zu. Allerdings sehe man bezüglich der Mehrfachnutzung des größeren Raumes bereits Probleme vorprogrammiert. Man frage sich, wer die Kriterien für die Belegung festlegt, die sich aus dem Nutzungskonzept ergeben sollten. Schließlich sollte es hinsichtlich der Nutzung zu keinen Konflikten kommen.

Gemeinderat Rendes hält das Nutzungskonzept für wichtig, damit man am Ende das Heft des Handelns in den Händen hält. Dieses müsse also gut definiert werden. Das künftige Zentrum sollte möglichst multifunktional genutzt werden, auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Kelterplatzes. Er halte den Kauf und die Nutzung für eine weitsichtige Sache. Allerdings seien die Kosten zu hoch, diese seien nur schwer verdaulich, weshalb die Entscheidung schwerfalle. Wenn man diese Information früher gehabt hätte wäre nicht sicher gewesen, ob der Kauf eine Mehrheit gefunden hätte. Die Verwaltung müsste schauen, dass die Kosten noch gesenkt werden. Ansonsten werde die CDU-Fraktion den Empfehlungen zustimmen, weil es sich um eine gute Sache handle.

Gemeinderat Dr. Rahn meint, grundsätzlich sehe die ULiP bei diesem Punkt noch mehr die Notwendigkeit, dies im Rahmen der Haushaltsberatungen zu beschließen. Die Summe sei einfach zu groß, um heute im Vorgriff auf den kommenden Haushalt darüber entscheiden zu können. Bauchschmerzen habe seine Fraktion auch mit dem Nutzungskonzept und der Raumaufteilung. Die aufgezählten Nutzungen seien sicherlich „nice to have“ aber nicht not-



wendig. Weder Seniorenakademie noch Seniorenbeirat bräuchten neue Räume, deren Räume seien bereits vorhanden. Der Familientreff brauche erst dann neue Räume, wenn die derzeitigen aufgegeben werden müssen. Er frage sich, welche Auswirkungen die Aufgabe der alten Post finanztechnisch auf den Gemeindehaushalt hat. Im Übrigen halte er das Foyer für viel zu groß und es für notwendig, dass mehr als zwei Büros geschaffen werden. Er sei dafür, eher kleinere Einheiten zu machen und dafür einen weiteren Raum zu gewinnen. Insofern empfehle er, die Raumaufteilung zu überdenken. Zusammenfassend sei zu sagen, dass die ULiP aus diesen Gründen nicht zustimmen kann. Er empfehle die Sache in die Vorbereitung im Technik- und Umweltausschuss zu geben.

Gemeinderat Rothweiler will wissen, wer oder was sich hinter dem Begriff „Familientreff“ verbirgt. Weiter bittet er Gemeinderätin Elsenbusch um Erläuterung der vollen Geschichte, weil ihm manches noch unklar sei.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel meint, diese Frage sollte im bilateralen Gespräch geklärt werden.

Gemeinderat Kirchenbauer teilt mit, dem Nutzungskonzept könne er nicht zustimmen. Bereits bei den Haushaltsberatungen 2020 habe man diskutiert, dass die Rathäuserflächen in allen drei Gebäuden nicht mehr ausreichend sind und eine umfangreiche Erweiterung und Modernisierung notwendig ist. Vor diesem Hintergrund sollte zuerst ein Gesamtkonzept vorliegen, welche Flächen überhaupt benötigt werden. Dieses müsse man dann in Abschnitte einteilen, priorisieren und die Finanzierung sichern. Weil dieses nicht vorliegt, könne er momentan dem Teilprojekt nicht zustimmen.

Gemeinderätin Konstandin geht auf den Antrag ein, die Gelder im Vorgriff auf den Haushalt genehmigt zu bekommen. Sie sei kein Freund davon, für kommende Jahre Gelder zu verplanen. In diesem Fall halte sie das aber für in Ordnung, auch weil die Gemeinde Miete an die Kommunale Wohnbau zu zahlen hat. Aus diesem Grund sei es nicht sinnvoll, das Gebäude leer stehen zu lassen. Das Nutzungskonzept finde sie absolut in Ordnung. Allerdings seien keine Räume vorhanden, in denen eine Beratung stattfinden kann. Dies könne nur geschehen, wenn die Vertraulichkeit gewahrt bleibt. Hier halte sie eine Überarbeitung der Planung für erforderlich.

Gemeinderat Dr. Rahn stellt den Antrag, über die Finanzierung erst im Rahmen der Haushaltsberatung zu entscheiden.

Herr Kröner geht auf verschiedene Fragen ein. Die alte Post könne momentan nicht mehr betrieben werden, weil die Heizung defekt ist. Um das Gebäude nutzen zu können, müsste die Heizung komplett erneuert werden. Weil momentan in diesem Gebäude nichts stattfindet, spare man sich diese Kosten. Beim Familientreff handle es sich um eine Einrichtung der Gemeinde. Zu der Größe der Büros sei zu sagen, dass momentan nur zwei Mitarbeiterinnen in den neuen Räumen untergebracht werden sollen. Die Größe der Büroeinheiten könne man sicherlich nochmals überdenken und eine Alternative überlegen. Diese könne man vielleicht schon zur Aufsichtsratssitzung präsentieren.

Gemeinderätin Frensch meint, um zu einer guten Entscheidung kommen zu können beantrage sie eine kurze Sitzungsunterbrechung, um mit Gemeinderätin Elsenbusch reden zu können. Ansonsten könnten ihr wichtige Informationen fehlen.

Gemeinderat Schwarz stellt den Antrag, getrennt über das Nutzungskonzept und die Kosten abstimmen zu lassen. Grund seien die ungeklärten Fragen zum Nutzungskonzept, eventuell müsste auch ein Alternativkonzept erarbeitet werden.



Gemeinderätin Eisenbusch bezieht sich auf die Äußerung von Gemeinderat Kirchenbauer und meint, dieser habe im Grundsatz recht, dass zunächst ein Gesamtkonzept benötigt würde. Dieses Gesamtkonzept könne man aber erst dann erstellen, wenn das Strukturgutachten abgeschlossen ist und dies dauere noch an. Die Chance zur Errichtung eines Sozialcenters habe sich jetzt ergeben und die Verwaltung habe sie richtigerweise ergriffen. Die Frage könne man sich sicherlich stellen, ob man die Räume ein Jahr lang leer stehen lassen will. Andererseits könne man im Blick auf die Defizite im sozialen Bereich diese bereinigen und ein kleines Zentrum aufbauen, was der Gemeinde tatsächlich fehle. Wenn sich dann aufgrund des Strukturgutachtens zeigt, dass Platz für das Personal benötigt wird, könne man immer noch darauf reagieren. Sie sei häufig im Rathaus und finde es als erbärmlich, nur ein so kleines Büro als Sozialbüro zu haben. Wenn man also barrierefrei ein neues Sozialbüro schaffen kann, sollte man trotz der Kosten dies machen und zustimmen.

Gemeinderätin Möller hat eine Frage zum Antrag der Fraktion der Grünen. Sie habe den Eindruck, dass zum Nutzungskonzept zwei Interpretationen im Raum stehen. Einerseits sei dies die bauliche Komponente und andererseits die tatsächliche Nutzung der Räume durch verschiedene Nutzer. Sie wolle von der Fraktion der Grünen wissen, welches Nutzungskonzept gemeint ist.

Gemeinderat Schwarz erklärt, aus Sicht der Grünen gehöre beides zusammen, sowohl das bauliche wie auch die tatsächliche Nutzung.

Der Vorsitzende gewährt danach eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung.

Nach Beendigung der Sitzungsunterbrechung kündigt er an, nun den Antrag der ULiP zur Abstimmung zu bringen. Nachdem sich keine Wortmeldungen hierzu ergeben stellt er folgende Abstimmungsfrage:

„Wer stimmt dafür, dass über die Frage der Finanzierung der Umbauarbeiten erst im Rahmen der Haushaltsberatung 2021 abgestimmt wird?“

Abstimmung: **3 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**
(Gemeinderat Hörter war zum Zeitpunkt der Abstimmung noch nicht anwesend)

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel lässt wissen, die Fraktion der Grünen habe getrennte Abstimmung von Nutzungskonzept und Kosten beantragt. Es werde aber nichts bringen, wenn den Kosten zugestimmt, aber das Nutzungskonzept abgelehnt wird. Insofern werde er nun die Abstimmungsfrage stellen, wer dem Nutzungskonzept und der Kostenaufteilung zustimmt.

Gemeinderat Schwarz meldet sich zu Wort und bezeichnet dies als unklar.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel bittet Gemeinderat Schwarz, den Antrag nochmals deutlich zu formulieren.

Gemeinderat Schwarz erklärt, er beantrage, die beiden Sätze in der Beschlussvorlage voneinander zu trennen. In einer ersten Abstimmung sollte nur über das Nutzungskonzept und in einer zweiten Frage die Kostenaufteilung geklärt werden. Er verstehe das Problem nicht, wenn heute das Nutzungskonzept abgelehnt, aber der Kostenaufteilung zugestimmt würde. Wenn bis Montag zur Aufsichtsratssitzung noch ein neues Konzept erarbeitet werden kann wisse er nicht, warum er heute zu beiden Punkten positiv abstimmen müsse.

Herr Kröner meint, man werde versuchen, bis zur Aufsichtsratssitzung am Montag ein alternatives Raumkonzept zu haben. Zu den eigentlichen Aufgaben gebe es selbstverständlich keine Alternative. Eine Lösung zu den Belegungsansprüchen werde man sicherlich finden.



Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel meint, es gebe drei Sachentscheidungen zu treffen, nämlich über das Raumkonzept, das Nutzungskonzept und die Kostenaufteilung. Das Raumkonzept werde der Aufsichtsrat am Montag diskutieren. Nutzungskonzept bedeute, was inhaltlich in den Räumen geleistet wird. Die dritte Frage beziehe sich auf die Finanzierung. Wie diese aussehen könnte, sei in der Sitzungsvorlage dargestellt. Er will von Gemeinderat Schwarz wissen, in welcher Reihenfolge abgestimmt werden soll.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt will klarstellen, dass es sich beim Nutzungskonzept um ein übergeordnetes Konzept handelt. Eine Folge des Nutzungskonzepts sei der Raumplan. Der Raumplan sei die Folge dessen, was man haben möchte. Es gebe also keine zwei getrennten Nutzungskonzepte. Die Fraktion der Grünen möchte eine Ausarbeitung des Nutzungskonzepts haben, eventuell zusammen mit der Sozialarbeiterin, damit man im Einzelnen sehe, was dort geschehen soll. Diese Klärung könne man bis zur Sitzung des Technik- und Umweltausschusses verschieben oder im Gemeinderat entscheiden.

Herr Kröner erklärt, über die Arbeiten der Sozialarbeiterin brauche man nicht abstimmen, denn diese habe die ihr zugewiesenen Aufgaben nach dem Geschäftsverteilungsplan zu erfüllen.

Gemeinderat Schwarz meint, nach seinem Dafürhalten könnte man das Nutzungs- und Raumkonzept als Ganzes sehen; über dieses sollte aber getrennt von der Finanzierung abgestimmt werden.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel macht darauf aufmerksam, dass über die Finanzierung allein der Gemeinderat entscheiden kann.

Gemeinderat Ringwald erklärt, eigentlich brauche man beide Entscheidungen. Er mache den Vorschlag, das Nutzungskonzept mit „vorläufiges“ zu titulieren. Vielleicht sei dies eine Möglichkeit, um in der Sache voranzukommen.

Gemeinderat Dr. Rahn stimmt zu, dass über die Finanzierung nur der Gemeinderat entscheiden kann. Die Beratung des Raumkonzepts könnte man aber in den Technik- und Umweltausschuss zur Beratung verweisen, was er hiermit beantrage.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel meint, in diesem Fall müsse man sich darüber im Klaren sein, dass sich das ganze Projekt verzögert.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt erklärt, sie finde die Anregung von Gemeinderat Ringwald gut, dass das endgültige Konzept nachgeliefert und im Technik- und Umweltausschuss beraten wird. Damit würde nichts verzögert.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel teilt mit, er werde nun den Beschlussantrag der Verwaltung modifizieren. Als ersten Antrag werde er nun die **Abstimmungsfrage stellen, wer dem vorläufigen Nutzungskonzept zustimmt.**

Nach Zählung der Handzeichen stellt er 18 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen fest.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel weiter:

„Wer stimmt der von der Verwaltung in der Beschlussvorlage empfohlenen Finanzierung bzw. Kostenaufteilung der Umbaumaßnahme zu, wonach für das Jahr 2020 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 80.000 € beschlossen wird. Für 2021 werden 110.000 € in den Haushalt eingestellt. Die Gemeinde gewährt der Kommunalen Wohnbau Pfinztal GmbH bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Zuschuss aus dem Sa-



nierungsprogramm „Lebendige Zentren“ in Höhe von 129.600 € (Verpflichtungsermächtigung für 2021).“

Abstimmung: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Herr Kröner macht darauf aufmerksam, dass sich die Zahlen im Haushalt etwas anders darstellen werden. Dort werden 240.000 € Ausgaben bei 130.000 € Einnahmen auftauchen.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel stellt die weitere **Abstimmungsfrage, wer dafür ist, dass das Raumkonzept zur Beratung an den Technik- und Umweltausschuss verwiesen wird.**

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

5. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel teilt mit, er habe folgende zwei Mitteilungen aus dem Bürgermeisteramt bekanntzugeben:

1. Der Kindergarten „Im Bahnwinkel“ wird zum 2. November wieder in seinen Neubau einziehen können.
2. Die CDU-Fraktion hat einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. Dieser bestehe aus den Herren Ringwald, Gutgesell und Rendes sowie Frau Schaier. Neuer Fraktionsvorsitzender sei Gemeinderat Ringwald, dessen Stellvertreter Gemeinderat Gutgesell. In den Ältestenrat werden entsandt Gemeinderat Ringwald und als Stellvertreter Gemeinderat Rendes.

6. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt teilt mit, sie habe mehrere Fragen. An Herrn Sturm richte sie die Frage, wann die Schulkommission und die Kindergartenkommission wieder tagen werden und welches Format gewählt wird. Weiter bitte sie um Beantwortung, wann Gartenschule und Schlossgartenschule ein funktionierendes W-Lan erhalten werden. Weiter habe sie die Information, dass drei Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft in der Schule Berghausen nicht beschult werden können; sie sollten einen Betreuungsplatz erhalten. Jüngere Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft hätten zwar keinen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, für sie sollte es aber auch eine Lösung geben. Sie will wissen, welchen Lösungsansatz es in der Verwaltung gibt.

Herr Sturm antwortet, wegen der Corona-Pandemie habe man bisher auf die Einberufung der Kommissionen verzichtet. Sobald es wieder möglich wird, werde man zu Sitzungen einberufen. Parallel dazu werde man sich Gedanken zum möglichen Format machen. Zur Digitalisierung der Schlossgartenschule sei zu sagen, dass momentan das W-Lan-Kabel außerhalb des Gebäudes verlegt wird. In die Klassenzimmer könne man derzeit nicht hinein, diese Arbeiten müsse man auf die Herbstferien vertagen. Er bedankt sich beim Gremium für die Mittelbereitstellung zur Anschaffung der Tablets. Gerüchte habe es gegeben, dass Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft nicht in die Betreuungseinrichtungen aufgenommen werden können. Die Problematik hierzu sei vielschichtig gewesen. Zum einen habe man wegen dem Fachkräftemangel eine Gruppe nicht öffnen können, zum anderen hat die Pandemie einen gewissen Strich durch die Rechnung gemacht. Man schiebe eine große Bugwelle an Eingewöhnungsphasen vor sich her und habe Probleme gehabt, das Standardprogramm erfüllen zu können. Man habe für die Kinder der GU Lösungen dahingehend gefunden, dass



diese Plätze entweder in der Förderklasse oder im Kindergarten erhalten, sobald welche frei sind. Die Situation habe sich momentan etwas entspannt.

Gemeinderätin Eisenbusch kann dies bestätigen, es habe sich zum Teil um ein Gerücht gehandelt. Die Probleme seien momentan gelöst, die Kinder habe man unterbringen können. Sie habe eine Anfrage zur Grundschule Kleinsteinbach, wo anscheinend die Cases für die Tablets geliefert wurden. Dort habe die Frage bestanden, wer die Anschlüsse macht und die Lehrer unterweist. Die Verwaltung habe zur Auskunft gegeben, dass ein Mitarbeiter krank sei und man diese Aufgabe grundsätzlich nicht leisten könne. Dies sei ein Problem. Die Verwaltung habe angeregt, eine externe Firma zu beauftragen. Dies sehe sie allerdings nicht als adäquate Lösung an. Wenn die Verwaltung keinen EDV-ler entbehren könne sollte man überlegen, ob eine Fachkraft für die Schulen eingestellt werden kann. Sie bitte um Auskunft, was die Verwaltung diesbezüglich vorschlägt.

Herr Sturm antwortet, mit den Rektoren sei dieses Thema besprochen und beschlossen worden, externe Lösungen zu finden. Zum Digitalpakt sei zu sagen, dass sich dies zunächst einmal vordergründig gut anhört, man vor Ort aber im Regen stehen gelassen wird. Viele Probleme würden auf den Rücken der Lehrer ausgetragen, indem manche in ihrer privaten Zeit solche Aufgaben übernehmen. Aus seiner Sicht bestehe das Problem, dass die EDV-ler der Verwaltung mit ihren eigentlichen Aufgaben in der Verwaltung ausgelastet sind. Eventuell könnte man darüber nachdenken, ob ein weiterer Mitarbeiter eingestellt wird.

Gemeinderätin Schaier informiert, es bestehe das Problem, dass die Zuhörer der Gemeinderatssitzung akustisch nicht verstehen, was diskutiert wird. Sie weist darauf hin, dass für den 28.10. eine Sitzung zum Gemeindeentwicklungsprojekt anberaumt ist. In dieser Woche seien allerdings Herbstferien. Auch sollte die Gemeinde diese Veranstaltung wegen Corona absagen und Vorbild sein.

Herr Bauer informiert, es handle sich um ein Tefffen der ehemaligen Projektgruppe aus dem Gemeindeentwicklungsprozess. Die sehr begrenzte Teilnehmerzahl soll Informationen zum weiteren Prozess erhalten.

Gemeinderätin Konstandin lässt wissen, sie wolle zwei Punkte ansprechen. Man habe gehört, dass der Boden in der Aula der Grundschule Kleinsteinbach erneuert werden soll. Sie wolle wissen, wann dies gemacht werden soll und wie lange die Arbeiten dauern werden, weil dieser Raum derzeit vom Gesangverein und dem Musikverein zu Probezwecken genutzt wird. Weiter wolle sie anmerken, dass die Hagwaldhalle keine ausreichende Raumtemperatur hat und man heute Abend frieren muss. Sie beanstande dies seit Jahren, dass die festgelegte Raumtemperatur in der Hagwaldhalle zu niedrig ist. Die festgelegte Temperatur betrage 20 Grad, was zu niedrig sei. Man sollte darüber nachdenken, dies zu ändern.

Gemeinderätin Schaier weiß zu berichten, dass nicht der Boden der Aula, sondern der Boden der Bühne und des Nebenraumes erneuert werden.

Gemeinderat Rendes will wissen, ob es neue Informationen zum Bahnübergang Söllingen gibt. Wichtig sei die Frage, ob eine Schließung im Raum steht.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel kann hierzu mitteilen, dass die Verwaltung am Freitag einen Termin in dieser Sache haben und danach berichten wird.

Herr Kröner klärt auf, nach den derzeitigen Informationen bleibe der Fußgängerüberweg offen. Die Bahn habe in der vergangenen Woche mitgeteilt, dass sie den Bahnübergang aus Sicherheitsgründen nicht mehr öffnen wird für den Fahrzeugverkehr. Der Fußgängerverkehr bleibe nach wie vor geöffnet.



Gemeinderat Reeb will wissen, ob in diesem Gespräch auch geklärt wird, warum im Jahr 2021 am Bahnübergang nichts passiert.

Herr Kröner antwortet, dies sei das Hauptthema des Gesprächs.

Gemeinderat Schwarz teilt mit, er habe auch eine Information aus der Grundschule Kleinsteinbach, wonach im Computerraum etwa 30 % der Computer nicht nutzbar sein sollen. Es gebe das Anliegen, diese Computer nochmals zu überprüfen. Weiter sei eine Frage aus der Elternschaft an ihn herangetragen worden. Es gehe um die Parksituation auf dem Schulweg und hier insbesondere um ein erhebliches Gefährdungspotenzial beim Kreisverkehr in der Ortsmitte, an dem sämtliche Wege vorbeigeführt werden. Diese Gefahrenstelle sollte man dem Ordnungsamt melden, damit sie in die Überwachung mit einbezogen werden kann.

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel merkt an, solche Anfragen könnten sinnvollerweise vor der Sitzung der Verwaltung zugemailt werden, damit möglichst eine Beantwortung in der Sitzung erfolgen kann.

Gemeinderat Kirchenbauer erklärt, er sei von mehreren Bürgern der Wesebachstraße angesprochen und gefragt worden, wie lange der Schilderwald mit einem absoluten Parkverbot noch bestehen bleiben soll. Begründet worden sei die Beschilderung mit den Arbeiten der Firma Reif. Diese seien aber inzwischen abgeschlossen, sodass die Schilder wieder entfernt oder reduziert werden könnten. Eine Aussage hierzu sollte im Amtsblatt erfolgen.

Frau Schönhaar erklärt, die Mitteilung sei bereits vorbereitet und werde am kommenden Donnerstag im Amtsblatt erscheinen.

Gemeinderat Rothweiler weist darauf hin, dass die B 10 und die B 293 in Berghausen im Jahr 2021 renoviert werden sollen. Er will wissen, ob die Gemeinde hier mit im Boot sitzt, weil im Zuge dieser Maßnahmen eventuell Lösungen für das Fahrradkonzept möglich sind.

Frau Schönhaar antwortet, die Gemeinde befinde sich mit im Boot, vor allem auch deshalb, weil die Einmündung der Brückstraße in die B 293 einen Gefahrenpunkt darstellt. Dieser Knotenpunkt soll im Rahmen der Betrachtung der Sanierung speziell ins Auge gefasst werden. Das Regierungspräsidium sei informiert und Herr Röckel in dieser Sache mit im Boot.

7. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Vogel stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen; er beendet daraufhin die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Bürgermeister-Stellvertr.
Dr. Roland Vogel

Gemeinderat Reeb

Roland Härer

Gemeinderätin Schaier